

Wirtschaftsrat der CDU

# „Reformtempo ist insgesamt viel zu langsam“

Von RALF OSTERMANN

Berlin (gl). Wie kommt die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung? Welche Erwartungen hat Astrid Hamker an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU)? Und was hält sie von der 1000-Euro-Prämie für Beschäftigte? Darüber sprach „Die Glocke“ mit der Präsidentin des Wirtschaftsrats der CDU.

„Die Glocke“: Mit Friedrich Merz ist Ihr Wunschkandidat Bundeskanzler geworden. Hat er Sie mit seiner Wirtschaftspolitik im Regen stehen gelassen?

Hamker: Friedrich Merz hat Deutschland außenpolitisch wieder eine klare Stimme gegeben und damit wichtige Weichen ge-

stellt. Deutschland ist zurück auf der internationalen Bühne. Gleichzeitig bleibt das Reformtempo insgesamt viel zu langsam, und das sorgt für massive Enttäuschung in der Wirtschaft. In einer Koalition sind Kompromisse unvermeidlich, aber entscheidend ist, ob sie am Ende trotzdem zu echten Reformen führen. Hier muss nun dringender noch mehr passieren – es ist bereits 5 nach 12.

„Die Glocke“: „Wieder nach vorne – Mut zu Reformen“, lautet das Motto des diesjährigen Wirtschaftstags. Was sollte möglichst schnell umgesetzt werden, damit

es mit der Wirtschaft aufwärtsgehen kann?

Hamker: Auf der einen Seite alles, was dem Standort hilft, endlich wieder wettbewerbsfähig zu werden: Energie, Steuern, Planungsverfahren sind dafür entscheidende Stichworte. Auf der anderen Seite müssen wir unsere Sozialsysteme so aufstellen, dass sie finanzierbar und damit langfristig tragfähig sind.

„Die Glocke“: Wie beurteilen Sie den auf zwei Monate befristeten „Tank-Rabatt“ und die 1000-Euro-Prämie, die Unternehmen steuerfrei an ihre Beschäftigten zahlen können?

Hamker: Es ist problematisch, wenn staatliche Maßnahmen Marktmechanismen überlagern und falsche Anreize setzen. Die 1000-Euro-Prämie verlagert Verantwortung auf die Unternehmen, die vielfach selbst unter Druck stehen. Das führt zu großem Unmut aufseiten der Arbeitgeber und löst Spannungen in den Betrieben aus.

„Die Glocke“: Was spiegeln Ihnen die Mitglieder des Wirtschaftsrates – wie steht es um die Betriebe in Deutschland? Ist das Wort von der Deindustrialisierung gerechtfertigt?

Hamker: In der Tat gehen jeden Monat 10.000 Industriearbeitsplätze verloren. Die Stimmung in den Unternehmen ist angespannt bis hochgradig frustriert. Es ist

nicht die Aufgabe des Staates diese Jobs zu retten – aber es ist seine Aufgabe, für Rahmenbedingungen zu sorgen, dass Unternehmen in der Lage und willens sind, in Deutschland zu investieren und damit Jobs hier zu halten.

„Die Glocke“: Der Wirtschaftsrat hat unlängst die Beamtenpensionen als Sprengsatz für die Staatsfinanzen bezeichnet. Mit welchen Maßnahmen sollte gegengesteuert werden?

Hamker: Wir brauchen bei den Beamtenpensionen einen Systemwechsel hin zu einem kapitalgedeckten Modell. Gleichzeitig sollte das Pensionsniveau schrittweise an die gesetzliche Rente angelehnt werden. Das ist nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern auch der Gerechtigkeit.

Stichwort

## Wirtschaftsrat

Der „Wirtschaftsrat der CDU“ wurde 1963 in Berlin gegründet. In Anlehnung an den Wirtschaftsbeirat der Union wurde der eingetragene Verein als „Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis“ ins Leben gerufen. Er hat heute mehr als 13.000 Mitglieder und versteht sich als Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Präsidentin ist seit 2019 die Niedersächsische Astrid Hamker (59, Foto). Der Wirtschaftsrat ist rechtlich selbstständig und politisch unabhängig. Als unternehmerischer Berufsverband ist er also keine Teilorganisation der CDU. Zu den Mitgliedern des Rates zählen Unternehmen aller Branchen und Unternehmensgrößen, vom kleinen Mittelständler bis zum Dax-Konzern. (osi)

## Reiche beklagt teure Entschädigung

Berlin (osi). Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU, Foto: dpa) hat beim Wirtschaftstag eine über viele Jahre fehlgeleitete Energiepolitik beklagt und angekündigt, „die Energiewende wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Entlastungen wie der Industriestrompreis seien zwar richtig, aber sie bekämpften nur das Symptom und gingen nicht an die Wurzel, erläuterte die Ministerin. Für eine leistungsfähige und gesicherte Stromnetzinfrastruktur benötige man Kraftwerke, die dann laufen, wenn die Sonne nicht scheint und kein Wind weht. Reiche plant deshalb unter anderem, neue Gaskraftwerke zu bauen. Erneut sprach sich die Ministerin dafür aus, die staatliche Vergütung von Photovoltaik und Windkraft zu beenden. Am vergangenen Wochenende habe der Überschuss bei Solarstrom zu negativen Strompreisen an der Börse geführt. Laut Reiche müssten Erzeuger und ausländische Abnehmer mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag entschädigt werden.



## Arbeitnehmer in den Blick genommen

„Die Glocke“: Anfang Februar hat ihr Verband eine „Agenda für Arbeitnehmer“ veröffentlicht. Was hat Sie dazu bewegt?

Hamker: Wir beobachten, dass extremistische Parteien auch deshalb Zulauf bekommen, weil sich viele Arbeitnehmer von der bürgerlichen Mitte politisch nicht mehr ausreichend vertreten fühlen. Die SPD hat ihre klassische Klientel in den vergangenen Jahren zunehmend aus dem Blick verloren. Sie ist zur Partei der Funktionäre und Transferempfänger geworden. Mit der „Agenda für Arbeitnehmer“ haben wir genau dort angesetzt und ein Bündel an Maßnahmen aufgezeigt, mit denen Arbeitnehmer unter dem Strich deutlich profitieren.

„Die Glocke“: Was sind die zentralen Punkte dieser Agenda?

Hamker: Insgesamt geht es darum, Leistung wieder stärker zu belohnen und Arbeit attraktiver zu machen. Entscheidend ist, die Maßnahmen als Gesamtpaket zu betrachten. Mehr Eigenverantwortung etwa im Gesundheitssystem funktioniert nur, wenn Arbeitnehmer gleichzeitig bei Steuern und Abgaben spürbar entlastet werden.



Energisch hat CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann am Dienstag beim Wirtschaftstag des CDU-Wirtschaftsrats in Berlin für einen Staat geworben, der Bürokratie abbaut und seinen Bürgern und Unternehmern mehr vertraut. Die Gäste im Saal applaudierten stehend. Fotos (2): Jens Schicke

# Wachstum als „Schicksalsfrage der Nation“

Berlin (osi). Die Stimmung sei schlechter als im vergangenen Jahr. Das wird Unionsfraktionschef Jens Spahn von Unternehmerseite zugeraunt, noch bevor er am Dienstag das Podium des Wirtschaftstags des CDU-Wirtschaftsrats in Berlin erreicht hat. Was sich die Gäste des wirtschaftspolitischen Gipfeltreffens von der schwarz-roten Koalition wünschen, kann Spahn nicht übersehen. „Wieder nach vorne: Mut zu Reformen“ ist die einflussreiche Veranstaltung im JW Marriott Hotel mit vielen hochrangigen Gästen überschrieben.

Spahn – wie zuvor CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann und Kanzleramtschef Thorsten Frei – stellt in seiner Rede erst einmal die Erfolge des ersten Regierungsjahres ins Schaufenster: Technologieoffenheit in der Klima-

und Energiepolitik, Kraftwerksstrategie, neue Grundsicherung, Altersvorsorgedepot als Riester-Ersatz, Migrationswende, BND-Gesetz, neuer Wehrdienst und die Krankenkassenreform fallen als Stichworte.

Doch der Münsterländer macht sich nichts vor. „Die Stimmung ist mies – das spürt jeder“, räumt er ein. Die Schicksalsfrage der Nation sei, „wie wir wieder zu Wachstum kommen“. Spahn hat keinen Zweifel, dass das schwarz-rote Bündnis zu Kompromissen fähig ist und die notwendigen Reformen liefern wird. „Wir haben die verdammte Verantwortung, in dieser Koalition aus der politischen Mitte heraus zu Ergebnissen zu kommen“, gibt er sich kämpferisch. Spekulationen über eine Minderheitsregierung oder gar Neuwahlen erteilt der

Fraktionschef eine klare Absage.

Kurz zuvor ist es CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der nicht nur die Senkung von Arbeits- und Energiekosten, sondern einen entschiedenen Bürokratieabbau fordert. Als Beispiel führt er das deutsche Lieferkettengesetz an. Das könne man locker „von heute auf morgen abschaffen“, sagt der Paderborner. Als Überbau für die notwendigen, teils schmerzhaften Reformschritte brauche die Koalition aber eine positive Erzählung. Diese sollte nach Linnemanns Überzeugung von einem Staat handeln, der Bürgern und Unternehmern etwas zutraut. „Das geht nicht mit hohen Steuern und noch mehr Regulierung.“ Worte, für die es Bravorufe und viel Applaus gibt. Vor allem eine Umverteilung im Zuge einer Einkommensteuerre-

form – wie sie SPD-Chef und Finanzminister Lars Klingbeil vorschwebt – ist Linnemann ein Dorn im Auge. „Sie können nicht ab 60.000, 70.000, 80.000 Euro zu versteuerndem Einkommen die Steuern erhöhen, dann haben Sie mit Zitronen gehandelt, weil dann treffen Sie genau diejenigen, die dieses Land überhaupt am Laufen halten“, sagt er.

Auch Kanzleramtsminister Thorsten Frei nimmt sich das Thema Bürokratieabbau vor und meldet erste Erfolge. Mit den Ländern habe die Bundesregierung 200 konkrete Maßnahmen beschlossen und mit verbindlichen Umsetzungsfristen hinterlegt. Und bei der Umsetzung von EU-Regeln gebe es keine typische deutsche Übererfüllung mehr, sondern man bleibe am unteren Rand der Erfordernisse.



Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) räumte ein, dass man angesichts des geringen Wachstums bei den Reformen „noch eine Schippe drauflegen“ müsse.

Zitate

„Die überbordende Bürokratie ist ein Misstrauensvotum gegenüber den Bürgern und Unternehmen in Deutschland.“

Carsten Linnemann, CDU-Generalsekretär

„Was soll an Reformfähigkeit in Deutschland besser werden, wenn wir es nicht in dieser Koalition schaffen? (...) Ich sage in der Fraktion immer westfälisch: Muss! Punkt. Es muss gehen.“

Jens Spahn, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fehmarnbelt

## Erstes Element für Tunnel wird abgesenkt

Rødbyhavn (dpa/be). Das erste von insgesamt 89 Bauelementen für den Fehmarnbelt-Tunnel zwischen Dänemark und Deutschland ist auf dem Weg zu seinem Absenker vor der Küste bei Rødbyhavn auf der dänischen Insel Lolland. „Damit hat der Absenker den Weg für das erste Element des Fehmarnbelt-Tunnels begonnen“, teilte die Planungs-, Bau- und Betreiberfirma Femern A/S am Dienstag mit.

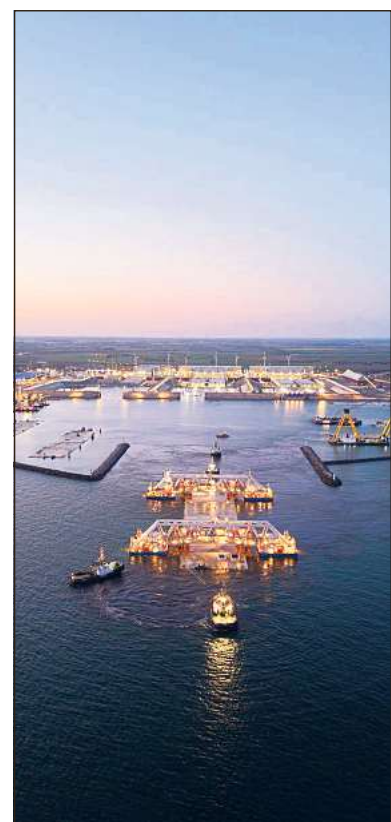
Es handelt sich um ein 217 Meter langes und 42 Meter breites Standardelement. „Es besteht aus vier Röhren, in denen künftig die Autobahn und die Eisenbahn untergebracht sein werden“, hieß es. „Außerdem gibt es eine schmale Serviceröhre für technische Installationen zwischen den beiden Autobahnrohren.“ Das Tunnelement wird den Angaben zufolge mithilfe von fünf Schleppern und einem Spezialschiff transportiert, das eigens dafür gebaut wurde, die Tunnelemente auf dem Meeresboden abzusenken.

Im September hatte die dänische Projektgesellschaft mitgeteilt, dass sich die Eröffnung des

Milliardenprojekts verzögern werde. Die Fertigstellung des Spezialschiffs „Ivy“ zum Absenken von Tunnelementen habe sich so stark verzögert, dass es schwierig sein werde, das Ziel einer Eröffnung im Jahr 2029 zu erreichen, hieß es damals.

Der 18 Kilometer lange Tunnel wird als sogenannter Absenktunnel gebaut. Die Tunnelemente werden in Rødbyhavn gefertigt, wobei 79 Standardelemente produziert werden, die jeweils 217 Meter lang und 73.000 Tonnen schwer sind. Der Tunnelgraben am Meeresboden ist bereits ausgehoben worden.

Die Querung erspart dem Transitverkehr zwischen Hamburg und Kopenhagen einen Umweg von 160 Kilometern. Für die Tunneldurchfahrt mit Lkw oder Pkw wird Maut fällig, die jedoch günstiger sein soll als die Fahrpreise. Die Zufahrt von Puttgarden auf Fehmarn nach Rødbyhavn in Dänemark soll nur sieben Minuten dauern, mit dem Auto zehn Minuten. Für die Strecke Hamburg-Kopenhagen verkürzt sich die Reisezeit von 5 auf 2,5 Stunden.



Eine komplexe Operation: Das erste Element für den Fehmarnbelt-Tunnel soll abgesenkt werden. Fünf Schlepper und ein Spezialschiff sind vor der Küste bei Rødbyhavn im Einsatz. Foto: dpa

Tankrabatt

## ADAC: Spritpreise sind überteuert

München/Bonn/Berlin (dpa). Seit dem Start des Tankrabatts ist Sprit billiger als zuvor – so viel ist unstrittig. Mit vom ADAC ermittelten Tagesdurchschnittspreisen von 2,019 Euro pro Liter E10 und 2,101 Euro pro Liter Diesel waren beide Kraftstoffe am Montag um die 11 Cent billiger als am 30. April. Doch wird damit der komplette Tankrabatt weitergegeben? Nein, sagen das Münchner Ifo-Institut und der ADAC – ja, hingegen der Wirtschaftsverband Fuels und Energie.

Das Ifo hat die Weitergabe an den ersten vier Tagen untersucht und sieht eine deutliche Diskrepanz: „Beim Diesel haben die Tankstellen in den ersten vier Tagen von den 17 Cent Steuer senkung je Liter durchschnittlich 5 Cent weitergegeben. Beim Superbenzin waren es durchschnittlich 12 Cent von den 17 Cent Steuer senkung“, sagt Florian Neumeier, stellvertretender Leiter des Ifo-Zentrums für Finanzwissenschaft. „Die geringe Weitergabe beim Diesel könnte damit zusammenhängen, dass Deutschland Diesel importiert.“ Immerhin:

Am Montag lag die Weitergabe bei Diesel nach Neumeiers Berechnungen mit mehr als 9 Cent ein gutes Stück über dem Schnitt der ersten Tage. Bei Benzin waren es weiter rund 12 Cent. Die geschrumpfte Lücke bei Diesel liegt dabei nicht an einem stark gesunkenen Preis in Deutschland – die Änderungen von Sonntag auf Montag betragen laut ADAC nur Cent-Bruchteile – sondern an einem aktuell gestiegenen Vergleichswert. Basis der Berechnungen des Ifo-Experten ist nämlich der Vergleich der Spritpreise in Deutschland und Frankreich und ihrer Bewegungen seit dem 23. April, dem Tag vor der Verabschiedung des Tankrabatts im Bundestag.

Der ADAC hält die aktuellen Preise für überteuert. Von den knapp 17 Cent kämen nur höchstens 11 Cent an den Zapfsäulen an, sagte eine Sprecherin. Es gebe keinen Zweifel, dass Mineralölunternehmen Teile der Energiesteuersenkung einbehielten, heißt es vom Verkehrsclub, der sich durch die Berechnungen des Ifo bestätigt sieht.

Reiseveranstalter

## Entwarnung für Sommerurlaub

Berlin (dpa). Die großen deutschen Reiseveranstalter wollen nach einem Medienbericht trotz der steigenden Kerosinpreise Kunden nicht nachträglich für gebuchte Reisen zur Kasse bitten. Man werde die Preise für bereits gebuchte Reisen nicht nachträglich erhöhen, berichteten die Anbieter Tui, Alltours und Dertour dem „Tagesspiegel“ in einer Umfrage. Für zukünftige Buchungen könnte es allerdings angesichts des Preisanstiegs anders aussehen.

„Im Moment steigt der Kerosinpreis“, sagte der Chef der Rewe-Touristiktochter Dertour Group, Christoph Debus. „Wenn dies auf dem Niveau bleibt, können wir Kostensteigerungen für zukünftige Buchungen nicht ausschließen.“ Reiseveranstalter können den Reisepreis nachträglich erhöhen, wenn dies im Vertrag vereinbart wurde und gestiegene Kosten wie Kerosin es nachweislich erfordern. Ein solcher Preisaufschlag muss allerdings spätestens 20 Tage vor Reisebeginn mitgeteilt werden. Bei Aufschlägen von mehr als acht Prozent haben die Kunden ein Sonderrücktrittsrecht.